

hinaus. Der Versuch, auf dieser Basis politische Wertungen vorzunehmen, endet in einem analytischen Desaster, das ich bei einem so kenntnisreichen Autor eigentlich nicht erwartet hätte und das seine Wurzeln im methodischen Ansatz hat.

So basiert das einleitende Kapitel "ASEAN - politische Rahmenbedingungen" auf einer Auswertung der "jährlichen länderspezifischen Risikoanalysen (risk-ratings) internationaler Wirtschaftsinstitutionen", insbesondere "auf der gepoolten Information der hundert führenden japanischen Unternehmen im Außenwirtschaftsbereich" (S.6f). Auch wenn Machetzki einschränkend hinzufügt, daß solche Analysen "nicht unbedingt zutreffend" sind, folgt er ihnen weitgehend über die ganze Studie.

Am interessantesten wird die Anwendung dieses Verfahrens bei den Philippinen - wenige Monate vor dem Sturz des Marcos-Regimes (S.14 ff).

Da wird zur "wirtschaftlichen Entwicklungskurve" gesagt: "Besorgniserregend ist gegenwärtig (noch) nicht der absolute Stand, als vielmehr die ungewöhnliche Trendbeschleunigung" - und dies bei einer absoluten Auslandsverschuldung 1985 von 26 Milliarden US-Dollar und einem Schuldendienst von rund 3,1 Milliarden Dollar (trotz eines Umschuldungsabkommens), also von fast zwei Dritteln der Exporterlöse des Jahres. Da wird tatsächlich von

einer "allgemeine(n) Stabilität der philippinischen Gesellschaft" gesprochen, die nur "durch Unzufriedenheitsausbrüche verschiedener Bevölkerungsstelle gekennzeichnet" sei und schließlich vermerkt, daß das Land in der japanischen Beurteilung seit 1982 als "Risikoland" eingestuft wird.

Das ganze methodische Dilemma Machetzki wird an diesen Passagen sichtbar: er will sich auf die Vermittlung vermeintlich "objektiver" ökonomischer Daten beschränken, zugleich aber investitionspolitische Bewertungen liefern. Letzteres geht aber nicht, ohne die gesellschaftliche Situation eines Landes zu beurteilen. Dies aber ist auf der Grundlage statistischer Durchschnittsgrößen allein gar nicht möglich - ganz abgesehen von der menschenverachtenden und zynischen Dimension eines nur an sicheren Renditen orientierten Stabilitätsbegriffes.

Am Beispiel der Philippinen kurz vor "people power" und Marcos' Sturz läßt sich die methodologische Unbrauchbarkeit positivistischer Wirtschaftsdatenanalyse für die Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen eines Landes besonders drastisch demonstrieren - eines Ansatzes, den ja die meisten journalistischen "Wirtschaftsberater" verfolgen. Wem aber nützt eine genaue Strukturanalyse einzelner Marktsektoren in den ASEAN-Staten, die akribische Differenzierung durchschnittlicher Wachstumsraten

bei Metallherstellung und Metallverarbeitung, eine Beschreibung der wichtigsten Konkurrenzlinien zwischen Japan und den USA, wenn ihre Bedeutung für die sozialen Prozesse in diesen Ländern kaum erwähnt wird? Noch nicht einmal den paar Unternehmern, die dort Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital suchen, von der überwältigenden Mehrheit aller anderen Menschen ganz zu schweigen. Da soziale Fragen und Probleme der breiten Bevölkerungsmassen für Rüdiger Machetzki bei seinen Stabilitätsanalysen höchstens gelegentlich als Störfaktoren vorkommen, werden seine Aussagen vollends problematisch, wenn er einmal von purer Dateninterpretation abweicht. Das wichtigste Problem in Thailand: "Die stabilitätspolitische Hauptschwäche der Thai-Gesellschaft ist der schwache Willensbildungsprozeß der politischen Eliten des Landes." (S.17)

Hier ist wohl mehr der letzte Nerv des Lesers oder der Leserin als der Nerv der Probleme eines Entwicklungslandes getroffen. Ein willensstarker Elite-Lektor hätte den Lesern und wohl auch Rüdiger Machetzki einiges ersparen können. Schade, daß Autor und Verlag die Chance vergeben haben, ein gutes ASEAN-Buch zu machen.

Frithjof Schmidt

## NACHRICHTEN

## SÜDOSTASIEN

### ASEAN UND DIE "DOPPEL-NULL-LÖSUNG"

Die UdSSR ist bereit, die sogenannte Doppel-Null-Lösung für alle Mittel- und Kurzstrecken-Raketen ohne weitere Vorbedingungen auch in Asien durchzuführen. Diese spektakuläre Erklärung gab der sowjetische Parteichef Gorbatschow in einem Interview mit der indonesischen Zeitschrift "Merdeka" am 22. Juli dieses Jahres ab. Bisher hatte die UdSSR bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen stets darauf bestanden, in ihrem asiatischen Teil noch 100 Sprengköpfe zu behalten, während die USA planten, 100 Sprengköpfe in Alaska zu stationieren. Im Rahmen des Besuchs des vietnamesischen Parteführers Nguyen Van Linh im Mai in Moskau hatte Gorbatschow dann die Bereitschaft der UdSSR zur Abschaffung

auch dieser Waffen angekündigt, aber unter der Bedingung, daß die USA ihre Nuklearwaffen aus Japan, Südkorea und den Philippinen abziehen. Da die USA jede Diskussion in dieser Beziehung ablehnten, waren die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten. Im Interview mit "Merdeka" erklärte Gorbatschow jetzt sozusagen eine einseitige Abrüstungsbereitschaft der Sowjetunion mit den Worten: "Wir verknüpfen in diesem Fall diese Initiative nicht mit der nuklearen Präsenz der USA in Korea, auf den Philippinen und auf Diego Garcia. Wir möchten jedoch der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie wenigstens nicht wachsen wird." Zugleich schlug Gorbatschow eine Begrenzung der amerikanischen und sowjetischen Flottenmanöver im

Pazifik und im Indischen Ozean auf ein bis zweimal jährlich vor. Ferner regte er eine Reichweitenbegrenzung für Nuklearwaffen der Schiffe beider Seiten im Pazifik an. Mit dieser Erklärung setzt die sowjetische Führung eine außenpolitische Offensive in Ost- und Südostasien fort, die im Juli 1986 mit Gorbatschows "Wladiwostok-Rede" einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Daß diese Erklärung, die auch nach Einschätzung der US-Administration einen Durchbruch für die globalen Abrüstungsbemühungen bedeutet, gerade in einer indonesischen Zeitung abgegeben wurde, unterstreicht, welche große Bedeutung die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik inzwischen den ASEAN-Staaten einräumt. Diese Geste

Ist nicht zuletzt auch als ein deutliches Signal der Unterstützung des Vorschlages einer "Atomwaffenfreien Zone Südostasien" zu sehen, der erst kürzlich wieder vom indonesischen Außenminister Mochtar vorgebracht wurde und vielleicht auch auf der 3.ASEAN-Gipfelkonferenz im Dezember in Manila zur Sprache kommen wird. Auch auf höchster Ebene kommt es inzwischen zu einer bemerkenswerten Intensivierung der diplomatischen Kontakte zwischen

den ASEAN-Staaten und der UdSSR. Schon im Mai war der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila zu Besuch in Moskau, gefolgt von Malaysias Premier Mahatir Ende Juli. Für den Frühling 1988 ist nun eine Visite des indonesischen Präsidenten Suharto geplant, von der sich Gorbatschow - so gegenüber "Merdeka" - "ein qualitativ neues Stadium" der sowjetisch-indonesischen Zusammenarbeit erwartet. Sollten sich Abrüstungserfolge in naher Zukunft

noch mit einem diplomatischen Erfolg bei der Lösung der Kambodscha-Frage verbinden, könnte der Doppel-Null-Lösung wohl tatsächlich eine "Atomwaffenfreie Zone" in Südostasien folgen - und natürlich ein qualitativ neues Stadium der Beziehungen der UdSSR mit allen Staaten Südostasiens.

- Vgl. FEER v.6.8.1987,S.10 f

#### VORBEREITUNG DES DRITTEN ASEAN-GIPFELS

Die dritte ASEAN-Gipfelkonferenz, die vom 14. bis 16. Dezember in Manila stattfinden soll, wurde von der jährlichen Außenminister-Konferenz der Staatengemeinschaft in Singapur vorbereitet. (Vgl.auch SOA-Informationen Nr.2/87, S.10 f) Nach offiziellen Angaben, werden "außenpolitisch" die Lösung der Kambodscha-Frage in Verbindung mit den Bemühungen um die Schaf-

fung einer "Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität"(ZOPFAN), sowie der fortgesetzte Zustrom vietnamesischer Flüchtlinge im Vordergrund stehen. Ein weiteres Kernthema werden die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sein, insbesondere die Verschuldungskrise und die Gefahr des wachsenden Protektionismus der Industrieländer. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb ASEAN's unterzeichneten die Außenminister ein Abkom-

men, das den Mindeststrahlen für Vorzugszölle auf Produkte aus den Gemeinschaftsunternehmen der Staaten von 50 auf 75 Prozent anhebt. Die Vorbereitungen sind offensichtlich vom Bemühen gekennzeichnet die wachsenden ökonomischen und politischen Interessensdivergenzen zwischen den ASEAN-Ländern anlässlich des Gipfels in den Hintergrund zu drängen.

- Vgl.MD v.19.6.1987, S.9-12

#### ASEAN DIKUTIERT EINSTIEG IN SATELLITEN-TECHNIK

Bruneis Radio- und Fernsehintendant hat die Bildung eines Konsortiums vorgeschlagen, um einen gemeinsamen ASEAN-Fernsehsatelliten zu starten und zu betreiben. Der in-

donesische Minister für Fernmeldewesen Tahir hat erklärt, daß sein Land gegenwärtig die Errichtung eines Startzentrums für kommerzielle Satelliten prüft. Entsprechende Ge-

sprache über eine Kooperation werden mit den USA, der EG, mit der VR China und auch mit der Sowjetunion seit geraumer Zeit geführt.

- Vgl. MD v.30.7.1987, S.5 f.

## 7.ANLAUF - USA "ASSOZIIEREN" PALAU

Am 30.Juni 1987 war zum fünften Mal in Serie in einem Referendum durch die Bevölkerung Palaus eine "Vereinbarung über freie Assoziation" mit den USA abgelehnt worden. Die USA weigern sich seit Jahren, die Unabhängigkeit ihres früheren UNO-Treuhandgebietes anzuerkennen, da die Verfassung Palaus die Nuklearwaffenfreiheit des Landes festschreibt und somit ein Hindernis für die uneingeschränkte militärische Präsenz der USA darstellt. Die Verfassung des Landes kann nur durch eine Dreiviertelmehrheit der 15.000 Einwohner geändert werden. Die von den USA angestrebte "Vereinbarung über freie Assoziation" sah eine Unabhängigkeit Palaus mit Souveränitätsverzicht in allen Verteidigungsfragen zugunsten der USA vor, was mit der verfassungsmäßigen Atomwaffenfreiheit nicht vereinbar ist. Als Gegenleistung boten die USA 1 Milliarde \$, für die nächsten 50 Jahre

jeweils 20 Millionen pro Jahr. Fünfmal wurde darüber abgestimmt - und fünfmal wurde eine Verfassungsänderung von mehr als einem Viertel der Einwohner abgelehnt, trotz massiven Drucks der USA. Schließlich verfielen die USA und der ihnen nahestehende Präsident Lazarus Salii auf zwei Maßnahmen: aus "Geldmangel" wegen fehlender US-Hilfe wurden 900 der 1300 staatlichen Angestellten des kleinen Landes entlassen - das sind 45% aller Arbeitnehmer. Dann wurde am 4.August eine Abstimmung über eine Erklärung durchgeführt, daß zwischen dem Verfassungsgebot der Atomwaffenfreiheit und der Assoziation mit den USA kein Widerspruch bestünde - ganz nach dem Motto, daß einfach nicht sein kann, was nicht sein darf. Diese sechste Abstimmung wurde mit einfacher Mehrheit gewonnen. Dies wurde von der Regierung nun so interpretiert, daß deshalb keine Dreiviertelmehr-

heit für die Assoziation mehr erforderlich sei, da ja - per Definition - keine Verfassungsbestimmung mehr betroffen sei. Am 21. August wurde dann erneut über die Vereinbarung über freie Assoziation mit den USA abgestimmt, die zusätzlich "entschärft" worden war: kein allgemeiner sicherheitspolitischer Souveränitätsverzicht mehr, sondern "nur" Transit- und Überflugrechte für nuklear bewaffnete US-Schiffe und Flugzeuge. Mit einfacher Mehrheit wurde diese Vereinbarung so im 7.Anlauf angenommen. Die Anti-Atom-Bewegung auf Palau wird allerdings versuchen, gegen diesen dreisten Verfassungsbruch mit allen rechtlichen und demokratischen Mitteln anzugehen, dies hat ihr bekanntester Sprecher, der Rechtsanwalt Roman Bedor, angekündigt.

- Vgl. FEER v.6.8.1987, S.14 f.und FEER v.3.9.1987, S.6